

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'398
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 999.82
Abo-Nr.: 1078757
Seite: 4
Fläche: 47'533 mm²

Abhörskandal erreicht Schweizer Politik

SPIONAGE Ausländische Geheimdienste lauschen mit, wenn Spitzenpolitiker via Handy kommunizieren: Was Angela Merkel passiert ist, blüht auch den Bundesräten.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Nehmen wir an, Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) will sich bei Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf via Mobiltelefon über Neuigkeiten zum Finanzplatz Schweiz ins Bild setzen lassen: Leider müssen wir damit rechnen, dass ausländische Geheimdienste die Gespräche in Echtzeit abhören und die Informationen an ihre Regierungen weiterleiten. Dies zeigt der Fall Angela Merkel. Die Lauschaftäre des US-Geheimdienstes NSA beschäftigte gestern auch das Treffen der EU-Regierungschefs in Brüssel (siehe Kasten).

Zwar haben die Bundesräte auf ihren Handys eine Verschlüsselungs-App mit dem Namen Janus installieren lassen. Wie der «Tages-Anzeiger» gestern berichtete, taugt dieses aber nur für Gespräche und SMS bis zur Klassifikationsstufe «vertraulich». Mit anderen Worten: Der Bundesrat kann damit zwar zum Beispiel verhindern, dass vertrauliche Informationen bei den Medien landen. Gegen Angriffe ausländischer Geheimdienste ist er nicht gefeit. Es könnte ihm also ergehen wie Angela Merkel.

Abhörsicherheit: Lockerer Umgang

Der Abhörskandal hat die hiesige Politik erreicht. «Wir befassen uns intensiv mit dem Thema», sagt Ständerat Hans Hess (FDP, Obwalden) und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), die gestern auf dem Pilatus tagte.

Für Nationalrat Thomas Hurter (SVP, Schaffhausen), Vizepräsident der natio-

nalrätlichen SiK, wäre es «naiv zu glauben, dass Handys nicht abgehört werden». Er gehe aber davon aus, dass der Bundesrat gewisse Vorkehrungen treffe.

In der jüngsten Vergangenheit hat der Bundesrat bisweilen einen lockeren Umgang mit der Abhörsicherheit gepflegt. Beispielsweise bei der Telefonkonferenz am 8. Januar 2012 zur Affäre um den damaligen Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand. Sie sei «zumindest teilweise über ungesicherte Telefonapparate geführt» worden, kritisierten die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) des National- und Ständerats.

Die GPK forderten den Bundesrat auf, die «Vertraulichkeit von Telefonkonferenzen insbesondere auch in technischer Hinsicht zu gewährleisten». Laut «Tages-Anzeiger» kam der Bundesrat dieser Aufforderung nach und schaffte die Verschlüsselungs-App Janus an. Bundesratssprecher André Simonazzi mochte diese Information nicht bestätigen. «Wir geben aus Sicherheitsgründen zu technischen Systemen keine Informationen», sagte er gestern auf Anfrage unserer Zeitung.

Verschlüsselung aus den USA

Der wunde Punkt bei der Verschlüsselungs-App ist das Herkunftsland: Sie wird in den USA hergestellt. Und die entsprechende Firma liefert ihre Produkte auch an die US-Armee. «Das ist nicht gerade beruhigend», sagt der Schweizer IT-Experte Guido Rudolphi. Das Wort «Verschlüsselung» höre sich zwar gut an. Aber die USA würden massiv daran arbeiten, Verschlüsselungen zu knacken. Letztllich kommt Rudolphi zum deprimierenden Befund, dass «es unter dem Strich nichts gibt, das moderne Kommunikationsgeräte abhörsicher macht». Für Rudolphi ist daher klar: Wirklich wichtige Dinge sollten Bundesräte besser nicht am Handy besprechen.

EU reagiert auf US-Abhörskandal

BRÜSSEL Als Reaktion auf die Lauschangriffe des US-Geheimdienstes NSA wollen Deutschland und Frankreich die Arbeit der Geheimdienste gemeinsam mit den USA auf eine neue Grundlage stellen. Kanzlerin **Angela Merkel** und der französische Präsident **François Hollande** werden mit den USA den Skandal um Spähaktionen des Geheimdienstes NSA klären und eine Vereinbarung über das Verhalten der Geheimdienste auf dem Territorium des Partners anstreben. Es sei eine deutsch-französische Initiative, der sich andere Länder anschliessen könnten, sagte EU-Ratspräsident **Herman Van Rompuy**.

Datenschutz verhandeln

Die Gespräche über die Vereinbarung mit den USA sollen parallel mit den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen laufen, wobei dort bereits eine separate Arbeitsgruppe für den Datenschutz eingesetzt wurde. Die Verhandlungen sollen nicht unterbrochen werden, wie dies EU-Parlamentspräsident Martin Schulz gefordert hatte. Falls man bei solchen Verhandlungen aussteige, müsste man auch wissen, wie man wieder einsteige, meinte Merkel dazu. Laut der deutschen Kanzlerin ist es das Allerwichtigste, mit den USA eine Basis für die Zukunft zu finden. «Für die Zukunft muss etwas verändert werden, und zwar gravierend.» So müsse das Thema Datenschutz vorrangig behandelt werden.

MARIANNE TRUTTMANN, BRÜSSEL
schweiz@luzernerzeitung.ch

Datum: 26.10.2013

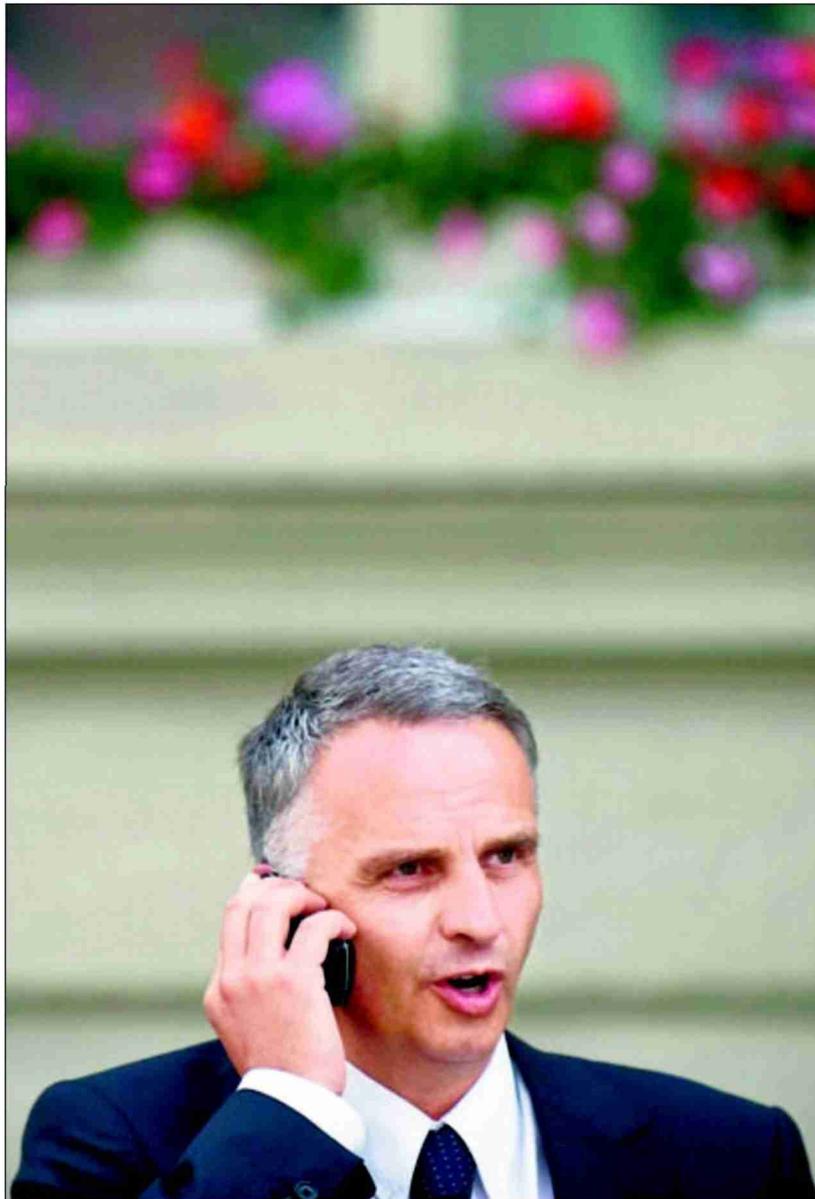
NEUE LUZERNER ZEITUNG



Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 78'398
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.82
Abo-Nr.: 1078757
Seite: 4
Fläche: 47'533 mm²



Aussenminister Didier Burkhalter telefoniert. Wichtige Dinge sollten die Bundesräte nicht am Handy besprechen, rät ein Experte.

Keystone/Alessandro della Valle